

Drs. 1247-11
Jena 27 05 2011

Umsetzung der Empfehlungen aus der zurückliegenden Evaluation des **Umweltbundesamtes** (**UBA**), Dessau

INHALT

	Vorbemerkung	5
A.	Zusammenfassung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates	6
B.	Zusammenfassung des Berichts des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates	10
C.	Stellungnahme	17

Vorbemerkung

In seiner Sitzung vom Oktober 2004 hat der Ausschuss Ressortforschung des Wissenschaftsrates beschlossen, das Bewertungsverfahren zum Umweltbundesamt (UBA) in der ersten Jahreshälfte 2006 durchzuführen, und eine entsprechende Bewertungsgruppe eingesetzt. Diese hat das UBA vom 3. – 5. April 2006 besucht und auf der Grundlage dieses Besuches sowie der vom Amt vorgelegten Informationen den vorliegenden Bewertungsbericht vorbereitet. Der Ausschuss Ressortforschung des Wissenschaftsrates hat auf der Grundlage dieses Bewertungsberichts am 4. September 2006 den Entwurf der wissenschaftspolitischen Stellungnahme erarbeitet. Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 26. Januar 2007 verabschiedet. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat mit Schreiben vom 2. Februar 2010 einen Bericht über die zwischenzeitliche Entwicklung am BMU vorgelegt.

Der Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrates hat auf der Grundlage dieses Berichtes am 14. April 2011 den Entwurf der Stellungnahme erarbeitet.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 27. Mai 2011 verabschiedet.

A. Zusammenfassung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates

In seiner Stellungnahme von 2007 hatte der Wissenschaftsrat hervorgehoben, dass das UBA seit seiner Gründung im Jahr 1974 eine zentrale Rolle beim Aufbau und bei der Weiterentwicklung einer transdisziplinären Umweltforschung sowie bei deren Verknüpfung mit der konkreten Umweltpolitik einnimmt. Er würdigte ferner, dass das UBA aufgrund der soliden wissenschaftlichen Basisierung seiner verschiedenen gesetzlichen Aufgaben und Dienstleistungen wie auch der breiten fachlichen Kompetenz zum Zeitpunkt der Begehung erhebliche Bedeutung als Schnittstelle zwischen Umweltwissenschaften und Umweltpolitik erreicht habe. Aus Sicht des Wissenschaftsrates verfolgte das UBA konsequent den Anspruch eines nationalen Kompetenzzentrums für die Ressortforschung im Bereich Umweltschutz.

Allerdings erachtete der Wissenschaftsrat den Anspruch, eine umfassende Expertise zum Schutz aller Ökosysteme vorzuhalten, als zu ambitioniert. Darüber hinaus sah er infolge des ständig zunehmenden Anteils an Vollzugsaufgaben bei gleichzeitigem Rückgang der Forschungsanteile die Kompetenz des UBA als Mittlerinstitution zwischen Wissenschaft und Politik mittelfristig gefährdet. In diesem Zusammenhang sei es nicht nachvollziehbar, dass der neue Hauptstandort in Dessau als Verwaltungsbau ohne eigene Laborkapazitäten konzipiert wurde. Des Weiteren kritisierte der Wissenschaftsrat, dass das UBA trotz der zunehmenden Bedeutung der Europäischen Union für den Umweltschutz keine tragfähige Europäisierungsstrategie erarbeitet habe.

Generell erfolge – so der Wissenschaftsrat – die Generierung der Forschungsthemen weitgehend unsystematisch. So orientierten sich sowohl eigene als auch extramurale Forschungsprojekte beinahe ausschließlich am kurzfristigen Beratungsbedarf der Politik. Dagegen hätten mittel- bis langfristig angelegte Forschungsvorhaben wie auch Forschung hinsichtlich zukünftiger Bedarfe der Gesellschaft einen zu geringen Stellenwert. Der Wissenschaftsrat betonte, dass die

Qualität sowohl der eigenen als auch der extramural vergebenen Forschungsprojekte innerhalb der unterschiedlichen Arbeitsbereiche der Einrichtung teilweise erheblich differiere.

Die Dienstleistungen der Einrichtung erachtete der Wissenschaftsrat als nutzerorientiert und insgesamt dem Stand von Wissenschaft und Technik angemessen. Er kritisierte jedoch, dass bei der Politikberatung nicht durchgehend zwischen wissenschaftlicher und politischer Wertung von Fragen des Umweltschutzes unterschieden werde.

Aus Sicht des Wissenschaftsrates war die Organisationsstruktur des UBA insgesamt geeignet, die vielfältigen wissenschaftlichen und administrativen Aufgaben zu bewältigen; sie weise aber in Teilbereichen Defizite auf. Die eingeführte Produktorganisation habe zu einer transparenteren Gestaltung der internen Arbeitsprozesse geführt. Darüber hinaus wirke die Produktorganisation einer möglichen Erstarrung des Amtes entlang der Fachbereichs- und Abteilungsstruktur entgegen, da die Arbeit in projektförmigen Gruppen erleichtert worden sei.

Deutlicher Verbesserungsbedarf bestand nach Einschätzung des Wissenschaftsrates mit Blick auf die Leitungsstruktur zum einen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Einrichtung und Ministerium, zum anderen die internen Entscheidungsstrukturen im Amt betreffend. So übte das BMU aus Sicht des Wissenschaftsrates seine Rechts- und Fachaufsicht gegenüber dem UBA eher weitgehend aus. Dies habe – so der Wissenschaftsrat – zur Folge, dass die Handlungsspielräume der Einrichtung insbesondere bei der Themen- und Aufgabenplanung, aber auch bei der Aufgabenwahrnehmung nur gering seien. Ferner habe der starke Zuschnitt der amtsinternen Entscheidungsvorgänge auf das Präsidium gelegentlich zu Verzögerungen bei Entscheidungsverfahren geführt. Weiterhin kritisierte der Wissenschaftsrat, dass mit der einengenden Aufsichtsfunktion des BMU gegenüber dem UBA mit Blick auf die Haushaltsführung zu wenige Möglichkeiten einer flexiblen Budgetierung einhergingen,

Die folgenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates bezogen sich auf zentrale Aspekte der Forschung am UBA sowie der Organisation und des Managements der Einrichtung; sie richteten sich ausdrücklich sowohl an das UBA als auch an das BMU:

Forschungsanteil: Wie im Errichtungsgesetz festgelegt, solle Forschung am UBA einen integralen Bestandteil des Aufgabenspektrums ausmachen. Der derzeitige Bestand an eigenen FuE-Aktivitäten solle – neben dem hohen Anteil an extramuraler Ressortforschung – erhalten und, falls möglich, noch gestärkt werden.

Themenentwicklung: Im Rahmen der empfohlenen Überprüfung sollten Ministerium und Einrichtung innerhalb des Umweltforschungsplans (UFO) klare Themenschwerpunkte setzen. Deren Ziel solle darin liegen, bei gleichzeitiger

Themenkonzentration den Anteil an Projekten der Vorlaufforschung zu erhöhen.

Forschungstransfer: Das UBA solle den Anteil an referierten, internationalen Veröffentlichungen steigern, damit die an der Einrichtung erzielten Forschungsergebnisse auch den jeweiligen *scientific communities* zugute kämen. Darüber hinaus solle das Amt zukünftig systematisch die aus extramuralen Resortforschungsvorhaben entstandenen Publikationen sowie weitere wissenschaftliche Ergebnisse wie Patente oder Anzahl an geförderten Wissenschaftlern erfassen.

Qualitätssicherung: Das UBA sei künftig auf eine kontinuierliche externe Begleitung bei der Themen- und Aufgabenentwicklung sowie bei der Sicherstellung der wissenschaftlichen Qualität der Arbeit angewiesen. Die Größe der Einrichtung und die Vielfalt der vertretenen Disziplinen machten – so der Wissenschaftsrat – für die Fachbereiche I-IV jeweils die Einsetzung eines wissenschaftlichen Beirats mit möglichst internationaler und fachlich breiter Vertretung erforderlich.

Vernetzung: Die Vernetzung des UBA mit der Umweltwissenschaft in Deutschland betrachtete der Wissenschaftsrat als deutlich ausbaufähig. Die Einrichtung müsse eine mittel- bis langfristige Kooperationsstrategie erarbeiten, welche Bestandteil der empfohlenen Strategiedebatte sein solle. Die Einrichtung solle künftig insbesondere die Kooperation mit den Nachbaruniversitäten in Dresden, Halle und Leipzig sowie mit dem Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle (UFZ) bei Forschungsprojekten und in der Lehre suchen. Zudem solle das UBA Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vermehrt die teilweise exzellente Forschungsinfrastruktur der Einrichtung für FuE-Vorhaben zur Verfügung stellen. Im Sinne einer noch engeren Vernetzung des Amtes mit wissenschaftlichen und politischen Einrichtungen des Umweltschutzes sollten Möglichkeiten der Abordnung von Personal an entsprechende Institutionen geprüft werden. Weiterhin sollten Ministerium und Amt prüfen, ob Leitungspositionen der Einrichtung zukünftig im Zuge von gemeinsamen Berufungen mit einer Universität besetzt werden könnten.

Nachwuchsförderung: Um das UBA für qualifiziertes wissenschaftliches Personal attraktiv zu machen, solle das Amt Maßnahmen zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ergreifen. Hierzu zählten Möglichkeiten zu Forschungssabbaticals wie auch der Abschluss von Zielvereinbarungen mit Nachwuchskräften über die Durchführung von Promotionsarbeiten parallel zu ihrer Tätigkeit am UBA.

Organisation und Management: Zur Vereinfachung der Verfahrensabläufe sollten seitens des Präsidiums Entscheidungskompetenzen teilweise an die Fachbereichsleitungen delegiert werden. Darüber hinaus solle die Stelle eines For-

schungsbeauftragten mit Koordinations- und Planungsaufgaben beim Präsidium angesiedelt werden. Der Haushalt des UBA, der weitgehend starren kameralistischen Vorgaben folge, bedürfe seitens des Zuwendungsgebers flexibler Instrumente, wie die Möglichkeit zur überjährigen Haushaltsführung und zur gegenseitigen Deckung verschiedener Haushaltstitel. Damit auch das Personal in Dessau in FuE-Aktivitäten eingebunden werden könne, solle der Hauptstandort möglichst rasch über eigene Laborkapazitäten verfügen.

B. Zusammenfassung des Berichts des Bundes- ministeriums für Um- welt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Umsetzung der Empfeh- lungen des Wissen- schaftsrates

Das BMU hebt hervor, dass es die Modernisierung der Einrichtung als kontinuierlichen Prozess verstehe, der fortgesetzt werde. |¹

Nach Darstellung des BMU hat sich der seit den 90er Jahren begonnene Modernisierungsprozess des Amtes nach der Begehung des Wissenschaftsrates intensiviert. |² Ziel der Modernisierung sei, das UBA zu einer modernen wissenschaftlichen Behörde zu entwickeln sowie seine inhaltliche und strategische Positionierung so zu gestalten, dass es künftige Herausforderungen der Um-

|¹ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Schreiben an den Generalsekretär des Wissenschaftsrates vom 02.02.2010.

|² Dass.: Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus der Evaluierung des Umweltbundesamtes (Januar 2010), S. 1.

weltwissenschaft, der Politikberatung und des Vollzugs von Umweltgesetzen erfolgreich bestehen könne.

Laut BMU hätten die Ausweitung der Dienstleistungen einerseits sowie die Streichung von Stellen und Reduzierung finanzieller Mittel andererseits das UBA bereits in den 90er Jahren veranlasst, neue Steuerungsinstrumente einzusetzen. Aus Sicht des BMU war vor allem die Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung auf der Fachbereichsebene und der Abteilung Z – gekoppelt mit der Kosten- und Leistungsrechnung sowie dem Produktkatalog – ein wesentliches Instrument, um die Dienstleistungen des Amtes zielgerichteter, wirtschaftlicher und transparenter zu planen und zu steuern.

Um die Amtsleitung in der strategischen, inhaltlichen und institutionellen Gesamtsteuerung des UBA zu unterstützen, sei im Mai 2008 beim Vizepräsidenten eine Stabsstelle „Zentrale Steuerung“ eingerichtet worden. Sie solle u. a. die verschiedenen Planungsprozesse des Amtes – wie die Strategiebildung, die darauf folgende Produkt-, Kapazitäts- und Forschungsplanung – integrieren und mit der Haushaltsplanung verzahnen, die verschiedenen Bereiche systematisch aufeinander abstimmen und ein über Kennzahlen gestütztes Berichtswesen aufbauen.

Das UBA bekräftigt sein dem Wissenschaftsrat bereits im Vorfeld der Begehung übermitteltes Forschungsverständnis. Demzufolge ist die Forschung des Amtes eine Vorleistung, um die in den Produkten definierten Ziele zu erreichen, und immer auf den für die Qualitätsansprüche der Produkte erforderlichen Zuegewinn an Erkenntnissen ausgerichtet. Darüber hinaus betreibe das UBA einen wissenschaftsbasierten Vollzug, was bedeute, dass die Vollzugstätigkeiten des Amtes mit der Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen durch externe Forschung und/oder Eigenforschung eng verknüpft seien.

Ende 2007 habe das UBA das Konzept einer strategischen Forschungsplanung („Forschung des UBA II“) beschlossen, welches auf der Grundlage des Forschungsverständnisses des Amtes und der Diskussionen anlässlich der Evaluation durch den Wissenschaftsrat das Forschungssystem in einen Gesamtzusammenhang stelle.

Ein Instrument der strategischen Forschungsplanung sei das UBA-Forschungsprogramm, das auf Basis der in der Strategiediskussion festgelegten inhaltlichen Schwerpunkte des Amtes erarbeitet werde. Seit Beginn des Jahres 2010 nehme das Amt eine abgestimmte, integrierte Produkt-, Kapazitäts- und Forschungsplanung (Umweltforschungsplan, Forschungsprogramm) vor und verknüpfe diese zeitnah mit der Haushaltsplanung für das Jahr 2011. Aufgrund der gesetzten Zeitplanung habe das UBA – so das BMU – die Strategiebildung in einem internen Prozess durchgeführt. Für die Zukunft schließe das Amt jedoch die vom

Wissenschaftsrat empfohlene externe Begleitung bei der Fortschreibung der Strategie und Prioritätensetzung des UBA nicht aus.

Das BMU führt aus, dass die Eigenforschung des UBA gemäß dem skizzierten Forschungsverständnis „in vielgestaltiger Weise“ |³ experimentell und nichtexperimentell stattfindet. So leiste das UBA nach eigenem Verständnis auch bei der Konzeption, Betreuung und Ergebnisaufbereitung der extramuralen Forschung Eigenforschung. Diese habe sich in den vergangenen drei Jahren insgesamt betrachtet in den Fachbereichen unterschiedlich entwickelt: So sei im Fachbereich I „Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien“ der Umfang der Eigenforschung gestiegen. Im Fachbereich II „Gesundheitlicher Umweltschutz und Schutz der Ökosysteme“ sei das UBA bislang in der Lage gewesen, erforderliche Kapazitätsreduzierungen – auch in der Eigenforschungsplanung – noch durch Drittmittelinwerbung und Doktorandenstellen, etwa zum Thema Innenraumhygiene, sowie etliche im Amt erstellte Diplomarbeiten zu kompensieren. Die vollzugsorientierten Bereiche des UBA arbeiteten wissenschaftsbasiert im Wesentlichen mit Eigenforschung. Nach Darstellung des BMU konnte der Eigenforschungsanteil in fast allen Fachbereichen durch Einrichtung von Doktorandenstellen und Betreuung von Diplomarbeiten gestärkt werden.

Während aus Sicht des BMU der Anspruch eines wissenschaftsbasierten Vollzugs und der Eigenforschungsanteil des UBA auf hohem Niveau gehalten werden konnten, seien die Vernetzung zwischen den Fachbereichen sowie die Kommunikation und Zusammenarbeit der Vollzugseinheiten mit den anderen Bereichen zu optimieren.

Die Konzentration auf Themenschwerpunkte im UFOPLAN hat nach Darstellung des BMU in den vergangenen Jahren klarere Konturen angenommen. Ein neues Verfahren zur Aufstellung des UFOPLANs des Ministeriums binde das UBA stärker ein. So habe das Amt die Schwerpunkte und Budgets für das aktuelle Aufstellungsverfahren vorgeschlagen; das Ministerium sei den Vorschlägen weitgehend gefolgt. Das BMU und das UBA betonen, dass die Einrichtung ohne eine Aufstockung der Mittel für die Ressortforschung Schwierigkeiten bekommen werde, den im Errichtungsgesetz des Amtes festgehaltenen Auftrag, das BMU wissenschaftlich insbesondere bei der Erforschung und Entwicklung von Grundlagen für geeignete Maßnahmen zu unterstützen, auch langfristig zu erfüllen. Infolge des hohen Handlungsdrucks, zu aktuellen umweltpolitischen Fragestellungen kurzfristig Forschungsergebnisse zu generieren, und aufgrund

| ³ Ebd., S. 3.

der Unterfinanzierung des UFOPLANs komme die Vorlaufforschung deutlich zu kurz.

Nach Darstellung des BMU stieg insgesamt betrachtet seit 2006 die Anzahl der Drittmittel-Forschungsprojekte. Ein Rückgang im Jahr 2009 sei darauf zurückzuführen, dass mit dem Ende des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms (2007) überdurchschnittlich viele Projekte ausgelaufen seien. Die zum Zeitpunkt der Erstellung des Umsetzungsberichts vorliegenden Anträge wiesen jedoch wieder auf eine steigende Tendenz des Drittmittelanteils der Forschung des UBA hin. Allerdings bestünden interne und externe Hemmnisse unterschiedlichster Art.

Laut BMU sieht das UBA zur weiteren Verbesserung der Drittmittelinwerbung und -betreuung im Forschungsbereich die Notwendigkeit, eine Drittmittelstrategie zu erarbeiten, die das Amt administrativ und inhaltlich besser für Drittmittelinwerbung aufstelle. Dies gelte vor allem für Themen, die aktuell nicht im umweltpolitischen Fokus stünden.

Das BMU führt aus, dass das UBA zwischenzeitlich seine dem Wissenschaftsrat im Vorfeld der Begehung bekundete Absicht realisiert habe, sich an der Entwicklung von Qualitätskriterien für die Ressortforschung zu beteiligen. Gemeinsam mit dem BMU, dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) und dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) habe das UBA ein UFOPLAN-Projekt zur „Umsetzung des Konzepts einer modernen Ressortforschung“ initiiert. Ziel des Vorhabens sei, für die Ressortforschung und die wissenschaftlichen Tätigkeiten der Ämter im Geschäftsbereich des BMU geeignete Qualitätskriterien zu identifizieren und auf diese Weise zu einer präziseren Charakterisierung der Ressortforschung zu gelangen.

Das Ministerium weist darauf hin, dass das UBA im Laufe der Evaluation mehrfach seine kritische Haltung zur Empfehlung des Wissenschaftsrates, einen wissenschaftlichen Beirat für jeden Fachbereich, ein Kuratorium bei der Amtsleitung und einen hauptamtlichen Forschungsbeauftragten einzuführen, dargelegt habe. Ein zentrales Argument der Kritik sei, dass die Ziele der wissenschaftlichen Arbeit einer Bundeseinrichtung mit FuE-Aufgaben als aufgabengebundene Forschung von den umweltpolitischen Prioritäten und Notwendigkeiten bestimmt würden, nicht aber von den Erkenntnisbedürfnissen wissenschaftlicher Disziplinen. Das Bundesamt hinterfrage kritisch, ob die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Beiräte gegenüber den bestehenden Begleitgremien des UBA einen zusätzlichen Mehrwert für die fachliche Qualitätssicherung erbringen könnten. Zudem widerspreche die Einrichtung weiterer Gremien dem Ziel der Entbürokratisierung. Schließlich wird an die positive Bewertung der Produktorganisation seitens des Wissenschaftsrates erinnert, die einer „Versäulung“ des UBA entlang der herkömmlichen Fachbereichsstrukturen vorbeuge. Aus Sicht des BMU und des UBA stehe die Empfehlung, fachbereichsbezogene Beiräte einzurichten, dazu im Widerspruch.

Auf Beschluss der Amtsleitung im November 2007 richte jeder Fachbereich des UBA mindestens eine finanzierte Doktorandenstelle zusätzlich zu evtl. bereits über Drittmittel geförderten Doktorandenstellen ein. Auf diese Weise solle der Anteil der Eigenforschung erhöht werden. Der Beschluss habe dazu geführt, dass das Bundesamt die Anzahl der Doktorandinnen und Doktoranden in den vergangenen Jahren deutlich erhöht habe. Zudem werde die Durchführung von Dissertationen im UBA seither systematisch erfasst.

Laut Darstellung des BMU baute das UBA in den vergangenen Jahren seine wissenschaftlichen Kooperationen mit Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen und anderen Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben sowie einschlägigen Institutionen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene kontinuierlich aus. Seit der Ansiedlung des UBA in Dessau sei die Vernetzung mit Hochschulen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg intensiviert worden.

Wichtige Eckpfeiler der europäischen Zusammenarbeit seien nach wie vor das Netzwerk der europäischen Umweltbehörden und das europäische Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetz. Mittlerweile sei das UBA an drei ERA-Nets sowohl als Geldgeber als auch als Drittmittelempfänger beteiligt. Nach Einschätzung des BMU bietet insbesondere das Netzwerk SKEP |⁴, in dem vor allem die europäischen Umweltbehörden vernetzt seien, eine Chance, Resortforschung gemeinsam im europäischen Rahmen aufzubauen, Synergien zu nutzen und damit auch zur Erreichung der Ziele des europäischen Forschungsraums mit einer auf Regulierung fokussierten Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung beizutragen. Seit 2006 sei darüber hinaus die Zusammenarbeit mit der europäischen Umweltagentur intensiviert worden. Obgleich das UBA in ca. 260 europäischen und etwa 220 internationalen Gremien vertreten und mithin gut vernetzt sei, gelte es doch, die internationalen Kooperationen systematischer und stärker strategisch zu gestalten. Bei der Mitnutzung der Forschungsinfrastruktur durch Externe kooperiere das Bundesamt „im Rahmen seiner Möglichkeiten“ |⁵.

Darüber hinaus beabsichtigt das UBA nach Darstellung des BMU, weitere Möglichkeiten des Personalaustausches, wie beispielsweise gegenseitige Postgraduierten-Hospitationen mit Einrichtungen anderer Staaten, einzuführen. Des Weiteren sollen Finanzierungsmöglichkeiten für Kooperationen und wechselseitigen Austausch von Expertinnen und Experten europäischer Einrichtungen erschlossen werden. Das UBA plane für die Finanzierung von Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern regelmäßig und zweckgebunden

| ⁴ *Scientific Knowledge for Environmental Protection*

| ⁵ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus der Evaluierung des UBA, S. 8.

Gelder ein. Die Höhe dieser finanziellen Mittel werde jährlich auf Angemessenheit überprüft.

Das BMU hebt hervor, dass das UBA nach wie vor die Publikation in referierten Zeitschriften nicht als primäres Ziel der Forschungsaktivitäten einer Bundeseinrichtung betrachte. Gleichwohl sei das Amt bestrebt, den Anteil der wissenschaftlichen Publikationen zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sei die Geschäftsordnung des UBA um einen Passus ergänzt worden, der das wissenschaftliche Personal anhalte, die Ergebnisse seiner Forschung zu veröffentlichen.

Nach Auskunft des BMU werde die dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung am UBA kontinuierlich ausgebaut. Seit Beginn des Jahres 2009 würden die Kostenarten Personal, Reisekosten, Geschäftsbedarf, Sachverständigentitel und Fortbildung – insgesamt rd. 80 % des UBA-Haushaltes – auf Kostenstellen budgetiert. Ziel sei eine effiziente, an dem Bedarf des Amtes ausgerichtete Bewirtschaftung von Geldern.

Das UBA setze sich intensiv mit dem Thema der Stellenbefristung auseinander. Dabei seien teilweise widersprüchliche Zielstellungen gegeneinander abzuwägen – etwa Gewinnung von qualifiziertem Personal durch das Angebot von Dauerstellen versus Einbringung aktuellen Wissens durch Fluktuation wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zudem müsse sich das UBA seit dem Umzug des Hauptsitzes nach Dessau deutlich intensiver um Rekrutierung von qualifiziertem wissenschaftlichem Personal bemühen.

Nach Einschätzung des UBA stehe die Empfehlung des Wissenschaftsrates, Leitungsstellen durch gemeinsame Berufungen mit Hochschulen zu besetzen, nicht im Einklang mit der gleichfalls formulierten Empfehlung, zukünftig geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Schnittfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Wissensmanagement zu rekrutieren. Die für die Arbeit des Bundesamtes erforderliche ausgewogene Kombination dieser Kompetenzen, gepaart mit transdisziplinären Fähigkeiten, sei im Hochschulbereich selten anzutreffen.

Das BMU kritisiert die Empfehlung des Wissenschaftsrates, den Standort Dessau mit Laborkapazitäten auszubauen, als nicht nachvollziehbar. Der Hinweis, das Gebäude in Dessau sei ein reiner Verwaltungsbau, sei angesichts der damaligen Entscheidung, keine Labore von Berlin nach Dessau zu verlagern, ohne jede Aussagekraft. Zudem sei er unzutreffend, da es sich bei den mehr als 750 Beschäftigten in Dessau nicht ausschließlich um Verwaltungsangestellte, sondern auch um wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller am UBA vertretenen Disziplinen handle. Die genannte Empfehlung des Wissenschaftsrates weise das UBA daher zurück. Im Übrigen seien an den anderen Standorten des Bundesamtes ausreichend Laborkapazitäten für die Erfüllung experimentell na-

turwissenschaftlicher Dienstleistungen vorhanden. Zudem hätten die Gutachter des Wissenschaftsrates den in Dessau wissenschaftlich bearbeiteten Produktgruppen des UBA eine weitgehend gute wissenschaftliche Qualität bescheinigt und daher die Leistungen auf Forschungsebene auch am Standort Dessau gewürdigt.

C. Stellungnahme

Seit dem Besuch des Wissenschaftsrates im Jahr 2006 hat sich das UBA sowohl mit Blick auf seine Forschungsaktivitäten als auch in institutioneller und organisatorischer Hinsicht weiter entwickelt. Dennoch konnten seither die in der Stellungnahme des Wissenschaftsrates vom Januar 2007 formulierten Bedenken, dass infolge des kontinuierlich ansteigenden Anteils an Vollzugsaufgaben die Kompetenz des UBA als Vermittlerinstanz zwischen Wissenschaft und Politik mittelfristig gefährdet sei, nicht ausgeräumt werden.

Der Wissenschaftsrat anerkennt die Bestrebungen des Bundesamtes und auch des BMU, sowohl im Forschungsbereich als auch in institutioneller und organisatorischer Hinsicht die zum Zeitpunkt des Ortsbesuchs vorgefundene Situation des UBA als Ressortforschungseinrichtung zu verbessern. In diesem Kontext wurden nach Darstellung des BMU Maßnahmen durchgeführt, die in der eigenen Forschung wie auch der extramuralen Forschung bereits zu ersten Erfolgen geführt haben. Positiv hervorzuheben ist insbesondere, dass das UBA Ende 2007 eine Forschungsstrategie „Forschung des UBA II“ vereinbart hat, die die Forschung der Einrichtung nach eigener Aussage in einen Gesamtzusammenhang stellt. Ein Fortschritt besteht dabei vor allem in der Festlegung fachlicher Schwerpunkte und institutioneller Ziele für jeweils drei bis fünf Jahre. Begrüßt wird zudem, dass die Forschungsplanung seit Beginn des Jahres 2010 Teil einer abgestimmten, integrierten Produkt- und Kapazitätsplanung ist und diese mit der Haushaltsplanung zusammengeführt wird. Im Sinne einer solchen umfassenden Steuerung erachtet der Wissenschaftsrat die 2008 erfolgte Einrichtung einer Stabsstelle „Zentrale Steuerung“ als folgerichtig. Das UBA hat aus zeitlichen Gründen die Strategieplanung intern durchgeführt. Künftig sollte – wie bereits in der Stellungnahme empfohlen – externer Sachverstand einbezogen werden.

Dass der Wissenschaftsrat ein anderes Forschungsverständnis vertritt als BMU und UBA, ist wiederholt dargelegt worden. |⁶ Dabei weist der Wissenschaftsrat darauf hin, dass sein Begriff eigener Forschung nicht dem Begriff der Eigenforschung des BMU entspricht und dass er der eigenen Forschung einen grundsätzlich anderen Stellenwert zumisst. Gleichwohl würdigt er, dass nach Darstellung des BMU der Anteil eigener Forschung des UBA in den vergangenen Jahren in fast allen Fachbereichen durch Einrichtung von Doktorandenstellen und Betreuung von Diplomarbeiten gesteigert werden konnte. Er fordert das Bundesamt auf, in der eingeschlagenen Richtung weiterzugehen und entsprechende Aktivitäten noch zu intensivieren.

Mit Blick auf die extramurale Forschung des UBA ist erfreulich, dass laut Auskunft des BMU in den letzten Jahren eine Konzentration auf Themenschwerpunkte erfolgt ist. Vorteilhaft für eine Profilschärfung der Einrichtung ist ferner die gegenüber dem Zeitpunkt der Begehung stärkere Einbeziehung des UBA in die Themengenerierung. Problematisch ist aus Sicht des Wissenschaftsrates dagegen die Tatsache, dass sich gemäß den Ausführungen des BMU mittlerweile perspektivische und zukunftsorientierte Forschungsprojekte des UFOPLANS aufgrund fehlender Mittel nur selten realisieren lassen. Der Wissenschaftsrat sieht die Gefahr, dass angesichts dieser Lage das Bundesamt langfristig seinen im Errichtungsgesetz festgehaltenen Auftrag, das Ministerium in adäquater Weise wissenschaftlich zu unterstützen, nicht mehr erfüllen kann. Darüber hinaus unterstützt der Wissenschaftsrat BMU und UBA bei dem Anliegen, zentrale Themen des Umweltschutzes unabhängig von ihrer jeweiligen Aktualität im UFOPLAN stärker zu berücksichtigen und entsprechend im Budget zu veranschlagen.

Die Drittmittelbilanz des UBA fällt zwiespältig aus. Der Wissenschaftsrat empfiehlt der Einrichtung erneut nachdrücklich, in diesem Bereich ihre Anstrengungen zu verstärken. Zugleich wiederholt er mit großem Nachdruck seine Empfehlung an den Gesetzgeber, alle haushaltsrechtlichen Beschränkungen, die sich lähmend auf die Einwerbung von Drittmitteln seitens der Ressortforschungseinrichtungen auswirken, aufzuheben. Die Absicht des UBA, eine Drittmittelstrategie zu erarbeiten, wird befürwortet.

Konstruktiv ist, dass das UBA eine Reihe von Maßnahmen zur Qualitätssicherung durchführt. Hervorhebenswert ist dabei insbesondere die Einsetzung eines internen Arbeitskreises Qualitätssicherung/ Qualitätsmanagement (QS/QM), der

|⁶ Siehe beispielsweise: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben, Köln 2007; Ders.: Umsetzung der Empfehlungen aus der zurückliegenden Evaluation (Bericht und Aussprache) - Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Salzgitter.

zwischenzeitlich nach Auskunft des BMU Empfehlungen für die stufenweise Verbesserung des QS/QM-Niveaus in den Laboren vorgelegt hat.

Allerdings sind die – zumeist internen – Maßnahmen der Qualitätssicherung und -verbesserung kein hinreichender Ersatz für eine kontinuierliche externe fachwissenschaftliche Begleitung in Form eines wissenschaftlichen Beirats. Zur Sicherung der wissenschaftlichen Qualität empfiehlt der Wissenschaftsrat daher nachdrücklich, einen wissenschaftlichen Beirat mit der erforderlichen fachlichen Breite einzurichten.

Erfreulich ist, dass nach Darstellung des BMU das UBA seine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen sowie anderen Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben wie auch einschlägigen Institutionen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene kontinuierlich ausgebaut hat. Der Wissenschaftsrat ermutigt das Bundesamt, diesen eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Verbesserungsbedarf besteht dagegen hinsichtlich des Zugangs externer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Forschungsinfrastruktur des UBA.

Die Absicht des Bundesamts, künftig internationale Kooperationen systematisch zu betreiben und stärker strategisch auszurichten, ist erfreulich. Dies gilt auch mit Blick auf das Bestreben, auf internationaler Ebene den Personalaustausch mit verwandten Einrichtungen zu intensivieren.

Positiv hervorzuheben ist weiterhin, dass das UBA laut Auskunft des BMU anstrebt, die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen zu steigern. Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass sich dieses Anliegen auch institutionell niederschlägt, indem ein entsprechender Passus in die Geschäftsordnung der Einrichtung eingefügt wurde.

Vorteilhaft ist auch, dass nach Darstellung des BMU seit Beginn des Jahres 2009 etwa 80 % des UBA-Haushaltes auf Kostenstellen budgetiert werden.

Trotz des Spannungsverhältnisses zwischen Personalrekrutierung und Stellenbefristungen ist es unverzichtbar, dass im wissenschaftlichen Bereich ein hohes Maß an Flexibilität gewährleistet ist. Der Wissenschaftsrat appelliert daher an BMU und UBA, einen Teil der Planstellen des Amtes für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in befristete Beschäftigungen umzuwandeln. Diese sollten in erster Linie mit wissenschaftlichen Nachwuchskräften besetzt werden.

Ungeachtet der teilweise positiv bewerteten wissenschaftlichen Leistungen am Standort Dessau hält der Wissenschaftsrat das Fehlen von Laborkapazitäten dort für problematisch. Die wissenschaftliche Kompetenz, insbesondere in Form von Methodenkompetenz, die für die Wahrnehmung der wissenschaftsbasierten Aufgaben unabdingbar ist, setzt eigene FuE-Tätigkeiten voraus; diese sind in

weiten Teilen der Umweltwissenschaften an Laborkapazitäten gebunden. Da mit einem Aufbau entsprechender Kapazitäten in Dessau nicht zu rechnen ist, müssen BMU und UBA andere Wege finden, um den Erhalt und die Weiterentwicklung der erforderlichen wissenschaftlichen und insbesondere Methodenkompetenzen der wissenschaftlich Beschäftigten an diesem Standort sicher zu stellen.

Insgesamt betrachtet hat sich das UBA seit 2006 im Wesentlichen positiv entwickelt. Gleichwohl sind einige deutliche Mängel seit der Begehung nicht behoben worden: Besonders hervorzuheben ist das Fehlen eines wissenschaftlichen Beirates zur fachlichen Unterstützung und Qualitätssicherung des Bundesamtes sowie die zu geringe Zahl befristeter Stellen für wissenschaftliche Nachwuchskräfte. Gerade diese tragen aber erheblich zu einer Vernetzung von Ressortforschungseinrichtungen mit dem Wissenschaftssystem bei und fördern die Kommunikation mit der *scientific community*.